



Dresden, 05.02.2018

Zur letzte Woche von Ministerpräsident Kretschmer und seinem Stellvertreter Dulig abgegebenen Regierungserklärung erklärt der Pflegeerrat Sachsen:

Sächsische Staatsregierung stochert bei der Pflege weiter im Nebel

Die letzte Woche abgegebene Regierungserklärung zeigt, dass auch die neue Landesregierung keine wirksamen Konzepte für die prekäre Situation in der Pflege hat. Nachdem nur unzureichendes Verhandlungsergebnis durch die geplante große Koalition auf Bundesebene, werden beruflich Pflegende nun auch von der neuen Landesregierung enttäuscht.

Dabei erfordern die Ergebnisse des Qualitätsreports des GKV-Spitzenverbandes auf Bundesebene und die Aufnahmestops der Heimaufsicht wegen fehlender Fachkräfte in Sachsen dringend wirksame und grundlegende Lösungen.

Das pflegende Angehörige mehr Unterstützung benötigen stimmt! Die angekündigte Aktionswoche für pflegende Angehörige wird diese Erleichterung aber sicher nicht erreichen.

Wenn es die Staatsregierung mit einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen der beruflich Pflegenden ernst meint, genügt auch der angekündigte Pflegedialog nichts. Die Bedarfe und Notwendigkeiten werden schon viel zu lange diskutiert. Was beruflich Pflegende wünschen ist bekannt und in zahlreichen Dialogen besprochen. Eine Wiederholung dieser ändert nichts an den belastenden Arbeitsbedingungen.

Auch die Chancen des neuen Pflegeberufegesetzes bleiben ungenutzt. Statt dieses als Initialzündung zur Neuordnung der Aus-Fort- und Weiterbildung der Pflegeberufe zu nutzen, finden sich dazu keine Aussagen in der sächsischen Regierungserklärung. Dabei steht der Freistaat gerade hier vor enormen Herausforderungen.

Die meisten der beschriebenen Lösungsvorschläge bewertet der sächsische Pflegeerrat als reine Symbolpolitik. Insgesamt sind die im Pflegeerrat vertretenen Berufsverbände von den Ankündigungen zum Thema Pflege enttäuscht, da sich keine Ansätze finden, welche die Situation beruflich Pflegenden spürbar verbessern können.

Mitgliederverbände

- Berufsverband Heil- und Pflegeberufe e. V.
- Bundesfachvereinigung Leitender Krankenpflegepersonen der Psychiatrie e. V.
- Bundesverband Pflegemanagement e. V. Landesgruppe Sachsen
- Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe Landesverband Mitteldeutschland e. V.
- Deutscher Pflegeverband e. V.
- Deutsche Gesellschaft für Fachkrankenpflege und Funktionsdienste e. V.
- Katholischer Pflegeverband e. V.
- Schwesternschaft vom Deutschen Roten Kreuz Sachsen e. V.
- Vereinigung der Hygiene-Fachkräfte der Bundesrepublik Deutschland e. V.
- Bundesverband Lehrende in Gesundheits- und Sozialberufen e. V.
- Verband der Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren Universitätskliniken und Medizinischen Hochschulen Deutschlands e. V.



Vielmehr scheint es, dass beruflich Pflegende weiter mit Dialogangeboten hingehalten werden. Das ist nicht hinnehmbar. Noch in dieser Legislaturperiode müssen grundlegende und mutige Schritte erfolgen.

Diese notwendigen Schritte sind:

- Zeitnahe Erstellung einer fortlaufenden aussagekräftigen Fachkraftstatistik Pflege für den Freistaat Sachsen. Ohne genaue Kenntnis der Anzahl beruflich Pflegenden und deren Qualifikation kann einer Bedarfsplanung für die Zukunft nicht gelingen.
- Die Veränderung der Ausbildung durch das Pflegeberufegesetz als Chance nutzen um den Beruf langfristig attraktiver zu machen und die Ausbildung von Fachkräften zu sichern.
- Die Entwicklung einer abgestimmten Fort- und Weiterbildungsstrategie für Pflegeberufe unter Einbeziehung akademischer Angebote.
- Eine abgestimmte Planung der Kapazitäten an Hochschulen für Pflegeberufe auf Bachelor und Masterniveau für den Freistaat.
- Der Beschluss der Gründung einer Landespflegekammer als Selbstverwaltung der Pflegeberufe im Freistaat. Denn ohne Selbstverwaltung werden Pflegende auch weiterhin nicht an der Ausgestaltung ihres Berufes und des sächsischen Gesundheitswesens teilnehmen können.

Wenn die Sächsische Staatsregierung die Situation der geschätzt 50.000 beruflich Pflegenden in Sachsen verbessern möchte, kann sie diese ersten Schritte noch in dieser Legislaturperiode gehen. Ja, das kostet Geld, sorgt aber für eine sichere Versorgung hilfsbedürftiger Menschen und sichert damit sozialen Zusammenhalt und letztendlich das wirtschaftliche Wachstum im Freistaat.

Die Pflegenden in Sachsen erwarten mutige Schritte zur Verbesserung ihrer Situation. Alle bisherigen Versuche, wie das Programm "Pro Pflege Sachsen" haben kaum Wirkung erzielt. Die jetzt vorgestellten Maßnahmen lassen nichts anderes erwarten.

Der Pflegerat Sachsen steht für zielführende und ernsthafte Überlegungen zur Verbesserung der Situation beruflich Pflegenden jederzeit mit der Expertise aller vertretenen Verbände zur Verfügung.